

kleine Instrumente für zivile Luftfahrt, Fahrräder, Batterien, ein optischer Präzisionsdrehtisch und Kettenflaszüge zu sehen. Ausländische Besucher des Standes berichteten allerdings, daß man etwas erstaunt gewesen sei wegen der einfachen und teilweise ein wenig altmodisch aussehenden Geräte.

Der stellvertretende Leiter der chinesischen Delegation, Dong Sherong, erklärte allerdings, daß es in erster Linie Ziel der chinesischen Messebeteiligung sei, den deutschen Markt für chinesische Produkte zu testen, Kontakte herzustellen und langfristig neue Absatzwege für China zu sichern (FAZ, 2.4.81).

-ga-

(31) Deutsch-chinesische Zusammenarbeit im Eisenbahnwesen geplant

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einer gegenwärtig die Bundesrepublik besuchenden chinesischen Eisenbahnerdelegation wurde eine Vereinbarung paraphiert, die eine Kooperation auf dem Eisenbahnwesen vorsieht. Ziel dieser Vereinbarung ist die wissenschaftliche, wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit beider Länder bei der Entwicklung der Technik des rollenden Materials (Lokomotiven und Waggons), aber auch der Austausch von Eisenbahnern beider Länder, um die jeweilige Organisation der Eisenbahnen vor Ort besser kennenzulernen. Verkehrsminister Volker Hauff soll die Vereinbarung bei einem geplanten Besuch Chinas Ende dieses Jahres unterzeichnen (SZ, 24.3.81).

-ga-

(32) Katastrophenhilfe der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinten Nationen für China

Eine chinesische Delegation steht in Genf in Verhandlungen mit der UN Disaster Relief Organization (UNDRO) über Katastrophenhilfe an China im Gegenwert von 700 Mio. \$. Die Mittel sollen eingesetzt werden, um die von Dürre- und Überschwemmungskatastrophen bedrohten Provinzen Hebei und Hubei zu unterstützen.

Die Europäische Gemeinschaft wird zur Linderung der Hungersnöte in diesen Provinzen 200 t Milchpulver und 800 t Rapsöl liefern. China hatte ebenfalls um Hilfe gebeten. Der Wert der zugesagten Hilfsgüter beträgt 6,2 Mio. \$.

Nach Aussagen einer "Fact-finding Mission" der UNDRO sind in der Provinz Hebei, in der Nähe von Beijing im Norden gelegen, und in der Provinz Hubei, westlich von Shanghai im Süden, 95 Millionen Menschen bedroht, von denen 21 Millionen direkt von einer Hungersnot bedroht sind.

Die Hungersnot in Hebei ist von einer Dürre im Herbst 1980 verursacht worden. Dort waren seit dem Sommer nur 20% der üblichen Niederschlagsmenge gefallen. In Hubei dagegen sind Überschwemmungen des Yangzi die Ursache. Dabei wurden zwischen August und Oktober 1980 1,2 Mio. ha Ackerland überflutet. Es kam zu zahlreichen Deichbrüchen. 300.000 Häuser sollten dabei zerstört und zahlreiche Straßen und Versorgungsleitungen unterbrochen worden sein. Ein ähnliches Yangzi-Hochwasser im August war in diesem Jahrhundert nur i. J. 1931 und 1954 registriert worden. Ein Teil des Wassers floß in den Dongting in Nordhunan ab, wobei dort eine wichtige Reisanbauzone zerstört worden ist. Andererseits verhinderte die Überflutung des Sees ein noch schwereres Hochwasser in

den Gebieten der Millionenstädte Wuhan, Nanjing und Shanghai (Financial Times, 24.3.81; FR, 20.3.81).

-ga-

(33) Chinas Hafenskapazitäten 1980 erweitert

1980 wurden in der Volksrepublik 18 neue Schiffsanlegeplätze gebaut. Im Shanghaier Hafen wurden neben zwei Anlegeplätzen mittlerer Größe fünf Plätze für 10.000-t-Frachter eingerichtet. Damit stieg die Verladekapazität in Shanghai auf 2,3 Mio.t. Tianjin erhielt für seinen Hafen 15.000-t-Plätze. Damit wuchs seine Verladekapazität ebenfalls auf 2,3 Mio.t. In Dalian wurden ein und in Nantong (Provinz Jiangsu) zwei 10.000-t-Ankerplätze gebaut.

Dennoch ist die Hafenskapazität Chinas unzureichend. 1980 konnten nicht alle Schiffe, die die chinesischen Häfen anliefen, rechtzeitig abgefertigt werden. Im täglichen Durchschnitt liefen 180 Schiffe China an, das Land verfügt jedoch nur über 133 Tiefwasser-Ankerplätze.

In diesem Jahr will sich die Volksrepublik auf den Bau von Kaianlagen für die Kohleexporthäfen in Shijiusuo und Qinghoangdao konzentrieren; neun Containerplätze sollen in Shanghai, Tianjin und Huangpu geschaffen werden.

1980 wurden 306,46 Mio.t Fracht in China umgeschlagen, 2,7% mehr als 1979 (vgl. dazu Tabelle) (CEN, 9.3.1981).

	Hafenumschlag der VR China (in Mio.t)		
	1980	1979	1978
Gesamt	306,46	298,00	280,00
darunter:			
Shanghai	84,71	83,50	79,55
Tianjin	11,91	12,70	11,31
Qinghuangdao	26,38	24,08	22,19
Hungpu	12,10	12,11	10,50
Dalien	32,63	31,46	28,64

-ga-

(34) Japan: Chinas Handelspartner Nr. 1

Das Außenhandelsvolumen zwischen Japan und der Volksrepublik China betrug im Jahre 1980 8,846 Mrd. US\$, 32,2% mehr als 1979. Dies wurde von chinesischen Außenhandelsstellen bekanntgegeben.

Chinas Exporte nach Japan beliefen sich auf 4,004 Mrd. US\$, 45,1% mehr als 1979. Die Importe aus Japan betragen 4,842 Mrd. US\$, 23,1% mehr als im Vorjahr. Mit diesen Steigerungsraten wurde zwischen beiden Ländern ein Rekordaußenhandelsergebnis erzielt. Der Außenhandel mit Japan beläuft sich auf 24,1% des gesamten chinesischen Außenhandels. Chinas Handelsdefizit mit Japan ging von 1,173 Mrd. US\$ 1979 auf 838 Mio. 1980 zurück (CEN, 9.3.1981).

-ga-

WIRTSCHAFT

(35) Das bewegte Leben der Statistik in China

In einem Artikel in der Zeitschrift "Wirtschaftsverwaltung" (Jingii Guanli) vom Februar dieses Jahres setzt sich der chinesische Ökonom Sun Yefang mit den Problemen der statistischen Arbeit in der Volksrepublik China auseinander. Nachfolgend einige Auszüge aus seinem Aufsatz:

"In den 50er Jahren lernte unser Land Statistik von der Sowjetunion. Die statistische Arbeit des gesamten Landes war unter einer zentralisierten, einheitlichen Leitung. Das System und die Methoden der staatlichen Statistik wurden im gesamten Land einheitlich angewendet und praktiziert. ...In der Zeit des ersten Fünf-Jahr-Plans war die statistische Information, mit Ausnahme der Landwirtschaft, normalerweise verlässlich. 1958 wurde auf der Konferenz von Chengdu der 'Dogmatismus' in der Statistik kritisiert; daraufhin wagte das Statistische Zentralamt nicht, auf den Prinzipien von Zentralisation und Einheitlichkeit bei der Statistik zu beharren. ...Als die Tendenz, 'zu prahlen und aufzuschneiden', vorherrschend war, mußten die Statistiker das berichten, was Partei- und Regierungsführer wollten. Sonst wurden sie als Rechtsabweichler getadelt. In jenem Jahr (1958) war die Gesamtgetreideaubringung des ganzen Landes nur 200 Mio.t, aber von den verschiedenen lokalen Ebenen wurde sie fälschlicherweise mit 500 Mio.t angegeben. Die Stahlindustrie erfüllte den Plan von 10,7 Mio.t überhaupt nicht, aber dieses Produktionsziel wurde fälschlicherweise als 'den Plan ganz erfüllt habend' berichtet! In Wirklichkeit wurden nur 8 Mio.t Stahl hergestellt...

Man dachte (aufgrund dieser hohen Erfolgsmeldungen), daß das Problem der agrarischen Produktion schon 'gelöst' sei. Mit hin wurde die Frage, 'wie man mit dem Überschußgetreide verfahren solle', vorangestellt. Jeder wurde aufgefordert, 'so viel Reis zu essen, wie er wollte'. Das Aufstellen von hohen Quoten wurde mit Zustimmung bedacht, und man war der Meinung, daß die Erfüllung solcher Quoten durch den bloßen Maseneinsatz erreicht werden könnte. Konsequenterweise wurden die Produktionszahlen bei Stahl 1959 und 1960 auf 13 und 18 Mio.t heraufgesetzt. Solche Art von Blindheit... zeigte sich deutlich in der Bevölkerungsstatistik. Die Todesquote stieg von 1,08% 1957 auf 2,54% 1960 an."

"In jenen zehn chaotischen Jahren (1966-1976) wurden fast alle statistischen Behörden auf den verschiedensten Ebenen landesweit aufgelöst, die Angestellten wurden umgesetzt, große Mengen von Material wurden verbrannt. Die statistische Arbeit des gesamten Landes wurde für fast drei Jahre unterbrochen. Bis jetzt hat sie ihre Stärke noch nicht wiederherstellen können. Gegenwärtig beträgt die Stärke der statistischen Abteilungen auf oder über Kreisebene landesweit nur 76% der Stärke des Jahres 1975, und die Stärke des statistischen Zentralamtes ist geringer als jene im Jahre 1976. Die statistischen Büros vieler Städte und Kreise sind noch nicht wieder eingerichtet worden. In einigen Kreisen befassen sich nur zwei oder drei Leute mit der statistischen Arbeit des gesamten Kreises."

"Um einen falschen Eindruck über ihre Arbeit auf dem Gebiete der Geburtenkontrolle zu erzeugen, melden einige Gebiete geringere Geburtszahlen bei Neugeburten. ...Einige Gegenden melden weniger Ackerland, als wirklich bebaut wird. Um die Tatsache zu verbergen, daß sie zuviele Investitionsprojekte haben, haben viele Gebiete in ihren Statistiken viele Projekte, die faktisch Investitionsprojekte sind, ausgelassen. Um vorgeben zu können, daß sie die Anzahl der Belegschaft 'rationalisiert und reduziert' hätten, haben einige viele der Teilzeitbeschäftigten und diejenigen Arbeiter nicht mitgezählt, die nicht im Beschäftigungsplan enthalten sind. Um ihre übermäßige Lagerhaltung von Material zu verbergen, berichteten einige weniger als das Material, was sie wirklich gelagert hatten. Um Preisanstiege zu verbergen, haben einige viele derjenigen Waren, bei denen die Preise erhöht worden sind, nicht berichtet. Beispiele darüber, wie die Statistik genutzt wurde, um künstlich 'in fetten Jahren Vorräte anzulegen für magere Jahre' und 'die Produktion auszubalancieren', gibt es sogar noch mehr. ...Das Erdölministerium kam

ebenfalls darin überein, daß sie einen Teil des Rohöloutputs als 'Taschenöl' behalten könnten - weniger zu melden, wenn die Erzeugung hoch war, und mehr zu melden, wenn die Erzeugung niedrig war. 1979 wurden allein in acht Ölfeldern 300.000 t. 'Taschenöl' nicht gemeldet.

Neben unzutreffenden Zahlen sind auch die Fälle von unvollständigen Kennziffern sehr deutlich. Nach Berechnung des statistischen Zentralamtes werden nur 54% der statistischen Kennziffern, die für die Statistik bei der Bilanzierung der Volkswirtschaft benötigt werden, tatsächlich verwendet, während 46% noch nicht verwendet werden..."

"Das gegenwärtige Statistiksystem in unserem Land bedeutet, daß die statistischen Abteilungen auf den verschiedenen Ebenen zeitweilig verwaltet werden bzw. unter der Leitung der Planungskomitees auf den verschiedenen Ebenen stehen. In der Praxis hat sich erwiesen, daß diesem System nicht förderlich ist, die Funktion der Statistikabteilungen als Organe der Kontrolle und Aufsicht auszunutzen. ...An Orten, in denen der patriarchalische Arbeitsstil noch schwerwiegender ist, sind die statistischen Abteilungen noch weniger gewillt, die Wahrheit zu berichten."

"Im General Survey Bureau des US-Handelsministeriums gibt es 13.000 Leute, im Wirtschaftsstatistikbüro in Westdeutschland 2.600 Leute... und 193 Personen im statistischen Zentralamt in unserem Land... (es gibt) 16.000 Personen (für statistische Arbeiten) in unserem Land, das macht 0,16 für je 10.000 Personen. ...Nach Untersuchungen des Beijinger statistischen Büros haben 80% des Statistikpersonals des gesamten Landes keine Fachausbildung in Statistik. 1979 hat der Staatsrat beschlossen, die Anzahl der in Statistikabteilungen auf oder über Kreisebene Beschäftigten (21.000) wieder auf das Niveau vor der Kulturrevolution anzuheben."

-ga-

(36) Xue Muqiao über Strukturpolitik und Systemreform

Der bekannte chinesische "Reformökonom" Xue Muqiao, Berater der staatlichen Planungskommission, legte seine Auffassung über das Verhältnis von Strukturpolitik und Systemreform dar. "Müssen wir die Reformen beenden, wenn wir die Strukturangepassungspolitik durchführen? Ich habe nicht gehört, daß irgend jemand das vorgeschlagen hat, aber solche Ideen existieren. Einige Leute haben vielleicht sogar einen Weg zurück eingeschlagen."

Zum besseren Verständnis des gegenwärtigen Kurses sollte man ihn mit der Politik zu Beginn der 60er Jahre vergleichen.

Damals "gab es einen großen Rückgang bei der industriellen und agrarischen Produktion. Die Leute in den Städten hatten nicht genug zu essen, und auf dem Lande brach eine ernste Hungerkatastrophe aus... Deshalb war das Ziel jener Anpassungspolitik, schnell die industrielle und agrarische Produktion wiederherzustellen und die Minimalanforderungen für das tägliche Leben des Volkes wiederherzustellen. Das Ziel der gegenwärtigen Konsolidierungspolitik ist es, die unpraktische hohe Geschwindigkeit und die hohe Akkumulation der vergangenen 20 Jahre zu ändern."

Warum sei nicht auch in jener Konsolidierungsphase die Reform vorangestellt? Zum einen deshalb, weil die materiellen Ressourcen so unzureichend gewesen seien, daß man nur durch eine Form von Gleichmacherei die grundlegendsten Lebensbedürfnisse habe erfüllen können. Zweitens habe die Regulierung durch den Marktmechanismus immer noch eine gewisse Rol-

le gespielt. Anschließend sei das Managementsystem immer starrer geworden. Drittens habe man zu jener Zeit heftig die Prinzipien von "Kommando des Profits, materielle Anreize" und drei Freiheiten und einen Vertrag kritisiert. "Gegenwärtig haben nicht nur die leitenden Organe, sondern auch die Bauern im ganzen Land eine erst allmählich sich vermindernde Furcht hiervor."

Die Strukturpolitik und ihre Form seien keine Gegensätze, sondern ergänzten sich gegenseitig: "Zum Beispiel ist es gegenwärtig sehr schwierig, das System des 'aus einem großen Topf zu essen' und 'der eisernen Reisschüssel', das während einer langen Zeit praktiziert wurde, durchgehend zu reformieren, aber es permanent beizubehalten, macht die Ausmerzungen von Vergeudung und die Verbesserung der ökonomischen Resultate unmöglich. Als Ergebnis wird es unmöglich sein, durchgängig die Aufgabe der Readjustierung zu erfüllen. Gegenwärtig ist es sehr schwierig, das irrationale Warenpreissystem und das Arbeitssystem schnell zu reformieren. Der Fehlschlag bei der Reform der Preise ist jedoch der Konsolidierung der Struktur der Produkte nicht förderlich. Wenn wir nicht das Arbeitssystem reformieren, werden wir nicht in der Lage sein, das Problem der Beschäftigung zu lösen, aber es wird auch nicht die Verbesserung des Unternehmensmanagements und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Resultate erleichtern."

"Stimmt es nicht, daß es während der 10 katastrophalen Jahre eine ausgeglichene Einkommens- und Auskommenssituation im allgemeinen gab, daß es keine Inflation gab und daß die Warenpreise stabil waren? Zu jener Zeit gab es jedoch ein schwerwiegendes Ungleichgewicht in der Volkswirtschaft. Wir hatten das tägliche Leben des Volkes unterdrückt, um diese Balance sicherzustellen."

"Um blinde Investitionsprojekte zu vermeiden, hat die Zentrale entschieden, durch verschiedene Maßnahmen einschließlich nationaler Staatsanleihen einige der Geldmittel zentral zu nutzen, die lokalen Ebenen und Unternehmungen privat gehören." Dies geschieht aus folgendem Grund: "Faktisch wurde das System des Eigentums des ganzen Volkes in ein System von Abteilungs- und regionalem Eigentum aufgeteilt. Die verschiedenen Abteilungen und Gebiete wollten alle ihre eigenen unabhängigen und vollständigen Wirtschaftssysteme gründen." Um deshalb landesweit Geldmittel zu sparen und wirtschaftliche Resultate zu erzielen, geht es darum, das Prinzip der spezialisierten Koordination und Kooperation zu institutionalisieren.

"Neben der Notwendigkeit, bei neuen Investitionsprojekten zurückzustecken, ist das Hauptgebiet, auf dem ein Rückschritt notwendig ist, die Maschinenbauindustrie. Danach folgt die Eisen- und Stahlbauindustrie."

Bei der Betrachtung der Ergebnisse der Systemreform gibt es folgende Probleme: "Die gegenwärtige Erweiterung der Rechte (der Betriebe) beschränkt sich im wesentlichen auf die Zuteilung der Gewinne, und es gibt kein Recht, die irrationale Preisstruktur anzugleichen oder gewisse irrationale Arbeitssysteme zu reformieren... Ich bin der Meinung, daß es nicht gänzlich unmöglich ist, die Warenpreise und die Arbeitssysteme zu reformieren. Einige dieser Reformen berühren nicht die Stabilität der Warenpreise auf den Märkten. Sie vergrößern nicht die Beschäftigungsschwierigkeiten und können versuchsweise in einigen ausgewählten Unternehmungen begonnen werden... Ein Fehlschlag bei der Angleichung der Preise und bei der Verbesserung des Systems des Arbeitsmanagements bedeutet, daß die Autonomie der Betriebe niemals vollständig sein kann und daß die Ergebnisse ebenfalls unvermeidlich von

beschränktem Charakter sein werden." (Gongren Ribao, 13.3.1981, zit. nach SWB, 24.3.1981)

-ga-

(37) Abschaffung der Volkskommunen vorgeschlagen

In ihrer Januar-Ausgabe veröffentlicht die Zeitschrift "Jingji Guanli" (Wirtschaftsverwaltung) einen Artikel unter der Überschrift "Überlegungen zu Systemproblemen der Volkskommune". Der Autor Lin Tian kritisiert das System der Volkskommune. Er führt aus, daß der Schritt von den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu einer "höheren Form der Kollektivierung", nämlich zur Volkskommune, nicht erfolgreich gewesen sei, daß die Bedingungen für diesen Übergang noch nicht reif gewesen seien. Seiner Meinung nach sind die "Gleichmacherei und unterschiedslose Ressourcenübertragung" (yi ping er diao) beim gegenwärtigen Volkskommunesystem unvermeidlich. Gemeint ist mit dieser Formel, daß die Volkskommune (als erste Stufe) oder die Produktionsbrigade (als zweite Stufe) in dem dreistufigen Volkskommunesystem ohne Rücksicht auf die Eigentumsrechte der Produktionsgruppe (der dritten Stufe) Arbeitskräfte, Boden, Materialien und Arbeitsgeräte der Produktionsgruppe mit Beschlag belegen und diese benutzen. Die offizielle Linie besagt, daß diese Übergriffe aufhören müssen bzw. daß die Inanspruchnahme dieser Arbeitskräfte bezahlt werden muß. Neu an der Argumentation ist deshalb, daß Lin Tian diese "Fehler" für systemnotwendig hält.

Auf jeder der drei Stufen der landwirtschaftlichen Organisation gibt es Industriebetriebe. Der Autor beklagt jedoch, daß die ertragreichsten von der Kommune oder von der Produktionsbrigade betrieben werden und daß für die Produktionsgruppe nur der Status eines Armen übrigbleibe.

"Es gibt so viele Verwaltungsebenen und Kader, daß die Bauern eine schwere Last auf ihren Schultern tragen müssen. Z.B. gibt es in den zentralen Bergregionen in der Provinz Gansu in jeder Kommune zusätzlich zu den zwanzig bis dreißig Staatskadern auch 'acht Dienstälteste' oder 'zehn Dienstälteste', die zeitweilig von der Produktion getrennt sind. Dieses sind: Verwaltungspersonal, Buchhaltungsberater, Landwirtschaftstechniker, Forstwirtschaftstechniker, Wasser- und Landbewahrer, Bewässerungstechniker, Veterinärmediziner, Rundfunksprecher usw. Dem Namen nach sind sie Techniker und Verwaltungspersonal, in Wirklichkeit sind die meisten von ihnen junge Kommunemitglieder, die in die entsprechenden Positionen durch alle Arten von Beziehungen aufgestiegen sind. Einige von ihnen sind sogar Analphabeten, aber sie können 20-30 Yuan monatlich als Gehälter von den entsprechenden Kreisabteilungen verdienen."

"Zusätzlich gibt es in jeder Kommune über hundert Lehrer, die von den Leuten des Ortes gefüttert werden müssen. Sie verdienen 15-20 Yuan monatlich als Gehalt von der Bildungsabteilung, und die Produktionsgruppen berechnen ihre Arbeitspunkte. In jeder Produktionsbrigade gibt es Barfußärzte und Verkaufsrepräsentanten. Zusammen mit jenen in den von der Brigade betriebenen Landwirtschaftsforschungsstationen und Forstfarmen (jedoch unter Ausschluß der von der Kommune und der Brigade betriebenen Unternehmungen, die über ihr eigenes Einkommen verfügen) gibt es in jeder Kommune über 300 Leute, die z.T. nicht an der Produktion teilnehmen (in Wirklichkeit nehmen sie an der produktiven Arbeit überhaupt nicht teil). Jede kleine Produktionsgruppe von zehn bis zwanzig Haushalten oder etwas mehr hat die Last von drei solcher Leute zu tragen."

Zur Lösung dieser Fragen macht er folgende Vorschläge: "Abschaffung des Kommunessystems mit 'dreistufigem Eigentum mit der Produktionsgruppe als Grundlage'. Einsetzung der Produktionsgruppe als unabhängige landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft." Vom Umfang her solle die Produktionsgenossenschaft ungefähr mit der Genossenschaft niedriger Ordnung (aus den 50er Jahren) gleichzusetzen sein, etwas größer als eine Produktionsgruppe, die 20-30 Haushalte umfaßt. Die Produktionsgenossenschaft soll landwirtschaftliche, industrielle, neburgerbliche Arbeitsgruppen organisieren und sie durch einen einheitlichen Plan und eine einheitliche Rechnungsführung zusammenfassen. Auch das System der einheitlichen Lohnzumessung soll beibehalten werden, es soll das Prinzip der "Festlegung der Arbeit für Arbeitsgruppen" (baogong dao zu) gelten.

Sehr starkes Gewicht legt der Autor auf den freiwilligen Zusammenschluß von Produktionsgenossenschaften zu Genossenschaftsvereinigungen. Diese sollen in sich landwirtschaftliche, industrielle und Handelsbetriebe auf genossenschaftlicher Ebene betreiben. Doch der Zusammenschluß soll freiwillig sein.

-ga-

(38) Trotz mancher Probleme kommt die Einführung von "Haushaltsquoten" für die Produktion in der Landwirtschaft weiter voran

Über die Verbreitung des Systems, Haushaltsquoten an die einzelnen bäuerlichen Haushalte zu verteilen, liegen für Gesamtchina keine Zahlen vor. Aus einzelnen Provinzangaben kann jedoch geschlossen werden, daß die Verbreitung stärker ist als die 20% offiziell erlaubten. Für die Provinz Henan wird z.B. gesagt, daß 60% der 370.000 Produktionsgruppen in der Provinz das System der individuellen Verantwortung anwenden. (XNA, 8.3.1981)

In einem Bericht über einen Kreis in der Provinz Shanxi heißt es, daß in diesem Kreis 65% der Produktionsgruppen das System der Festlegung von Output-Quoten für jeden Haushalt anwenden. (Taiyuan, Shanxi Provinz Radio, 17.3.1981, zit. nach SWB, 28.3.1981)

Dennoch wir auch von Problemen berichtet. Zum einen gibt es weiter eine große Gruppe von ländlichen Kadern, die der Einführung des Haushaltsquotensystems nicht freundlich gegenüberstehen. "Mehr als sechs Monate sind vergangen, seit das Dokument (über dieses Haushaltsquotensystem) herausgegeben worden ist. Aber einige Kader auf unterer Ebene und die Leute auf dem Lande kennen es jedoch gar nicht. Einige Kader und Leute haben von dem Dokument gehört, aber haben kein einheitliches und vollständiges Verständnis von ihm." (RMRB, 2.3.1981)

Oder in einem anderen Bericht: Einige Kader "meinen, daß es ein Rückschritt ist, von der Realität auszugehen und Produktionsverträge für individuelle Arbeiter und Haushalte einzuführen. Offensichtlich glauben sie, daß die alten fehlerhaften Methoden, die die Entwicklung der Produktion behindert haben, in den nächsten Jahren wieder neueingeführt werden... Diese Genossen sollten auf dem Lande herumgehen und sich die Veränderungen, die seit der Einführung der Verantwortlichkeitssysteme eingetreten sind, einmal selber ansehen." (Taiyuan, Shanxi Provinz Radio, 16.3.1981, zit. nach SWB, 28.3.1981)

Einige Agrarkader sind auch übervorsichtig. In der Provinz Liaoning hatte z.B. die Provinzparteileitung im November

1979 die Parole herauszugeben, daß es darum gehe, reich zu werden. "Gegenwärtig haben einige Leute jedoch konfuse Ideen über die Politik, reich zu werden. Kürzlich änderte die Leitungsgruppe einer bestimmten Kommune die Parole 'Den Geist befreien, neue Methoden herausfinden, um reich zu werden, die Wirtschaft fördern und neue Beiträge leisten, damit unsere Kommune so bald wie möglich reich wird' um in 'Experimente verallgemeinern, sich gegen Arroganz wenden und Selbstzufriedenheit zerschlagen und sich um eine neue Rekorde in diesem Jahr bemühen', als sie auf einer Versammlung zur Auszeichnung von Modellarbeitern über einen Arbeitsbericht diskutierte. Darüber hinaus strich sie den Teil in ihrem Entwurf, der sich damit beschäftigte, daß man weiterhin reich werden sollte. Keiner der vorgeschlagenen zwölf Slogans für die Versammlung enthielt das Wort 'reich'. Sie sagten: Die Politik ist nun geändert worden, die Parole, reich zu werden, ist nicht länger angemessen, wir sollten aufhören, sie zu erwähnen..." Der Bericht über diese Konferenz fährt fort: "Hat sich die Politik, daß man sich bemühen soll, reich zu werden, geändert? Wird sie in Zukunft geändert werden? Mit absoluter Bestimmtheit können wir antworten: Sie hat sich nicht nur nicht jetzt geändert, sondern wird auch in Zukunft nicht geändert werden... Die Politik, Leute reich zu machen, ist in Übereinstimmung mit den grundlegenden Zielen des Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen." (Liaoning Tageszeitung, 3.2.1981, zit. nach SWB, 6.3.1981)

Also offensichtlich ein buntes Bild von Leuten, die diese liberalere Politik auf dem Lande gar nicht erst einführen wollen, solchen, die aufgrund einer baldigen Änderung ebenfalls der alten Politik verhaftet bleiben, und solchen, die vorschnell schon vorgenommene Änderungen wieder rückgängig machen.

Als ersten Erfahrungsbericht des neuen Haushaltsquotensystems auf dem Lande führt die Volkszeitung vom 2. März aus: "Nach der Einführung der Output-Quoten auf Haushaltsbasis gab es nur wenige Kommunemitglieder in einzelnen Gebieten, die ihre Verträge brachen, denen es nicht gelang, ihre Aufgaben beim Verkaufen und bei der Ablieferung ihrer Produkte an den Staat oder an das Kollektiv zu erfüllen oder die ihr Ackerland nicht bestellten und sich in Handelsgeschäften engagierten, um Geld zu verdienen. Dies geschah, weil die Verpflichtungen, die Rechte und Interessen der Produktionsgruppen und der Vertragshaushalte nicht genau definiert waren und es keine formale Prozedur gab, der man hätte folgen können, wie z.B. dem Unterzeichnen eines Vertrages. Diese Dinge kann man deshalb nicht als dem Prinzip, den Output auf Haushaltsquotenbasis festzulegen, inherent betrachten."

Im gleichen Artikel wird auf ein Problem bei der Einkommensverteilung hingewiesen. Die Bauern hatten bei der Getreideerzeugung wesentlich weniger verdient als bei neburgerblichen Aktivitäten. "Dies hat die Begeisterung der Kommunemitglieder, Getreide anzubauen, sehr schwerwiegend beeinträchtigt." In einzelnen Gebieten sei dieses Problem dadurch gelöst worden, daß man Verdienste aus der Landindustrie und dem Nebengewerbe eingesetzt hätte, um die Getreideerzeugung zu subventionieren.

In der Provinz Shaanxi wurde jetzt die erlaubte Nebenerwerbstätigkeit der Bauern definiert. Acht solcher Felder gäbe es:

- Privathaltung von Milch- und Rindvieh;
- Anpflanzen von Blumen und anderen Pflanzen um das Haus zum Verkauf;
- die Benutzung von Karren und Eselskarren für Nahverkehrs-transporte;

- der Verkauf von gekochten Eßwaren zum Verkauf in Körben und auf Schulterstangen.

Die Bestimmungen sagen ebenfalls: Falls ein Bauer diesen geschäftlichen Aktivitäten während der normalen Zeiten der Kollektivarbeit nachgehen will, muß er die Erlaubnis der Produktionsgruppe haben, einen Vertrag mit ihr unterzeichnen und der Produktionsgruppe Geld abführen.

Nicht erlaubt ist den einzelnen Bauern:

- der Kauf von Kraftfahrzeugen, Traktoren und anderen großen Transportmitteln, um sie für Transportarbeiten einzusetzen;
- der Kauf von Pflanzenpressen und ähnlichen Gerätschaften, um landwirtschaftliche Güter zu verarbeiten;
- die Eröffnung von Hotels und Geschäften;
- der Verkauf von großem Vieh;
- Zwischenhandel mit Industrieprodukten zu betreiben ohne die Erlaubnis der Industrie- und Handelsabteilungen; und schließlich
- sich als Arbeitsvertragsvermittler auszugeben.

(Xian, Shaanxi Provinz Radio, 24.3.1981, zit. nach SWB, 28.3.1981)

-ga-

(39) Reformbetriebe haben mehr Gewinne an den Staat abgeführt

In der Diskussion über die Erfolge der Reformbetriebe in China - gemeint sind diejenigen Betriebe, die an ihren Gewinnen beteiligt wurden - ist ein Argument der Reformgegner, daß aufgrund der Gewinnbeteiligung dieser Betriebe der Staat weniger Gewinne erhalten habe. Damit setzt sich ein Kommentator der Chinesischen Nachrichtenagentur auseinander.

Insgesamt seien 1980 weniger Betriebsgewinne an den Staat abgeführt worden als 1979. Dies sei jedoch hauptsächlich auf diejenigen Betriebe zurückzuführen, die nicht in die Reform einbezogen seien. Die von ihnen an den Staat abgelieferten Gewinne seien um 17,4% zurückgegangen. Nach Zahlenangaben von 5.700 der insgesamt 6.600 Reformbetriebe hätten diese jedoch 1980 29 Mrd.Yuan Gewinn an den Staat abgeführt, 7,4% mehr als 1979. Ohne Frage sei ein Grund hierfür, daß man ohnehin die rentabelsten Betriebe in die Reform einbezogen habe. Aber ihre Gewinne hätten nicht nur aufgrund ihrer besseren Startbedingungen über denen der Nicht-Reformbetriebe gelegen, sondern auch aufgrund der spezifischen ökonomischen Auswirkungen der Reform. Beispielhaft werden die Zahlen für Beijing und Tianjin genannt. In Beijing hätten die Gewinne 200 Mio.Yuan höher als 1979 gelegen. Hiervon seien 27,3% bei den Betrieben verblieben, 72,7% an den Staat abgeführt worden. In Tianjin seien von den höheren Gewinnen 15,5% bei den Betrieben verblieben, der Rest an den Staat abgeführt worden.

Von den Gewinnen der rund 5.700 "Reformbetriebe" seien 87% an den Staat abgeführt worden, 10% wurden von den Betrieben einbehalten, 3% wurden für Kredittilgungen verwendet. Von dem Gewinnzuwachs des Jahres 1980 seien 35,2% den Betrieben verblieben.

Insgesamt - und das ist die Schlußfolgerung des Kommentators - hätten die Reformbetriebe mehr Gewinne an den Staat abgeführt. (XNA, 5.3.1981, zit. nach SWB, 11. und 17.3.1981)

-ga-

(40) Auslandskapital für innerchinesische Entwicklungsschwerpunkte

"Auslandskapital sollte zur Entwicklung von Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie eingesetzt werden, und zwar in dieser Reihenfolge. Es sollte ebenfalls eingesetzt werden, um die Schwachstellen zu stärken, und landesweit sollte mittleren oder kleinen exportorientierten Projekten Priorität eingeräumt werden, die in kurzer Zeit mit geringen Investitionen schnelle Resultate hervorbringen. Finanzmittel sollten gegeben werden, um das Produktionspotential alter Fabriken nutzen zu können. Das bedeutet: Wir sollten die Renovierung alter Fabriken betonen und nicht den Bau neuer Fabriken." Dies sagte der Präsident der Bank of China, Bu Ming, auf einem in Hangzhou abgehaltenen Symposium über Weltwirtschaft.

Die Bank of China sei in den letzten Jahren neu organisiert worden, ihr Kapital sei von 400 Mio. auf 1 Mrd.Yuan erhöht worden.

Den Anträgen von Repräsentanten von 11 Auslandsbanken und 3 Versicherungsgesellschaften sei inzwischen stattgegeben worden. (24.3.1981)

Das Symposium über Weltwirtschaft wird gemeinsam von dem Institut für Weltwirtschaft der Chinesischen Akademie für Wirtschaftswissenschaften und dem Stanford Research Institute aus den USA getragen. Es fand vom 24.-31.März 1981 statt und wurde von 200 Wirtschaftswissenschaftlern und Kaufleuten aus 20 Ländern besucht. Tagungsleiter waren Qian Junrei, Direktor des Chinesischen Instituts, und Dr.William F.Miller, Präsident des Stanford Institute.

-ga-

(41) Bankdarlehen für Leichtindustrie

1980 hat die chinesische Volksbank Darlehen im Werte von 3,56 Mrd.Yuan vergeben. 80% der Gelder gingen an die Textil- und andere Leichtindustriewerke. Die Darlehen haben eine Laufzeit von bis zu 5 Jahren und wurden hauptsächlich eingesetzt, um bestehende Anlagen zu renovieren.

180 Mio.Yuan wurden für Lebensmittelwerke und 240 Mio.Yuan für Wasserkraftstationen verwendet. (XNA, 23.3.1981)

-ga-

(42) Umlaufkapital wird weiter gehortet

Die Klagen darüber, daß die chinesischen Betriebe ihr Umlaufkapital unökonomisch einsetzen, reißen nicht ab. Sie kaufen viel mehr als die benötigten Mengen an Vorprodukten und Rohmaterialien. Ein Reporter der Chinesischen Nachrichtenagentur berichtet, daß einige Stahlwerke genügend Materialien eingekauft hätten, um die Produktionsanforderungen von 2 bis zu 28 Jahren zu erfüllen. Eine Strickereifabrik hätte Stricknadeln im Werte von über 1 Mio.Yuan importiert. Ihre gegenwärtige Lagerhaltung genüge für den Zeitraum von 8 bis 33 Jahren. Eine Handelsabteilung habe 7.600 Farbfernsehergeräte im Werte von mehr als 9 Mio.Yuan gekauft. Auf der Basis ihrer gegenwärtigen durchschnittlichen Verkäufe reicht diese Lagerhaltung für mehr als 3 Jahre. Der Reporter macht Vorschläge, die Lagerhaltung abzubauen: Erstens müßten die Industrie- und Handelsunternehmen die Frage der ungenutzten Fonds ernsthaft angehen. Zweitens sollte auf ungenutzte Umlaufmittel eine Steuer erhoben werden - allerdings erst nach einer bestimmten, hier nicht angegebenen Zeit. Drittens sollten alle Unternehmen einer Marktuntersuchung mehr

Aufmerksamkeit schenken und verstärkt ihre Produktionen planen. (XNA in Chinesisch, 12.3.81, zit. nach SWB, 17.3.81)

Faktisch werden also weiterhin keine effektiven Maßnahmen ergriffen, übermäßige Lagerhaltung bei den Betrieben abzubauen.

-ga-

(43) Zwanganleihen zur Finanzierung des Haushaltsdefizits aufgelegt

1981 werden nach dem Beschluß der Regierung der Volksrepublik China vom 16. Januar 1981 Staatsanleihen im Gesamtwert von 4-5 Mrd. Yuan aufgelegt. Die Stückelung der Bonds wird 10, 50, 100, 500, 1.000, 10.000, 100.000 und 1 Mio. Yuan betragen. Sie werden mit 4% p.a. verzinst werden. Die Rückzahlung der Anleihebeträge und der Zinsen wird in jährlichen Raten zu je 20% des Anleihebetrages ab dem 6. Jahr nach Kauf erfolgen und soll bis 1990 abgeschlossen sein.

Staatliche Unternehmungen, kollektiveigene Unternehmungen, Verwaltungsabteilungen für diese Unternehmungen und örtliche Regierungsebenen müssen einen Teil der Staatsanleihen übernehmen. Verwaltungsorgane, Massenorganisationen, Institutionen, Einheiten der Armee und gutgestellte Volkskommunen und Brigaden müssen ebenfalls je nach ihren finanziellen Kapazitäten Anleihen übernehmen. Privatleute können die Anleihen auf freiwilliger Basis erwerben. Im allgemeinen sollen keine Ausländer und Überseechinesen die Anleihen kaufen. Ausnahmen sind jedoch Ausländer, die in China arbeiten und wohnen, und Überseechinesen, die für eine längere Zeit nach China zurückkommen.

Der Staatshaushalt beabsichtigt mit der Ausgabe der Staatsanleihen, die in den Jahren 1979 und 1980 entstandenen Unterdeckungen zu schließen und gleichzeitig das Finanzpotential auf unteren Ebenen abzuschöpfen.

Ein Sprecher des Finanzministeriums machte in einem Interview mit einem Reporter der Nachrichtenagentur Neues China weitere Angaben zu den Staatsanleihen. Gefragt, ob die Verzinsung von 4% p.a. hoch genug sei, antwortete er: "Verglichen mit den Zinsen von 6,84% p.a. für 5-Jahres-Einlagen von Privatpersonen ist der Zinssatz für die Schatzbriefe recht niedrig. Die Wirtschaftsaufbau-Anleihen, die in der Vergangenheit aufgelegt worden sind, haben jedoch auch einen Jahreszins von 4% gehabt..."

Frage, warum der Handel mit den Anleihen nicht statthaft ist. Antwort: In einigen anderen Ländern können Schatzbriefe an der Börse ge- und verkauft werden. "Weil es in unserem Land keine Börse gibt, verstößt es gegen das Gesetz, Anleihen zu kaufen und zu verkaufen."

Frage, ob man Hypotheken auf die Anleihen aufnehmen kann. Antwort: "Es können keine Hypotheken auf die Schatzbriefe aufgenommen werden, weil die Banken in unserem Land keine Hypothekendarlehen gewähren. Die von verschiedenen Einheiten gekauften Schatzbriefe dürfen nicht übertragen werden, die von Einzelpersonen gekauften Anleihen können an enge Freunde verschenkt werden, aber der Kauf und Verkauf dieser Anleihen ist nicht erlaubt." (XNA, 8.3.81, zit. nach SWB, 11.3.81)

-ga-

(44) Sparvorschlag aus der Bevölkerung

In einem Brief an das Zentralkomitee und die Regierung der Volksrepublik China schlägt der Buchhalter Shen Qu, der in

einer Kreiszeitung der Chinesischen Volksbank in der Provinz Guangdong beschäftigt ist, verschiedene Einsparmöglichkeiten vor:

1. Die Kadergästehäuser sollten Steuern bezahlen. Wenn sie 40% ihrer Mieteinnahmen selber behalten und 60% an den Staat abführen, könnte das landesweit 400 bis 500 Mio. Yuan jährlich ergeben.

2. In den Provinzen sollten die Sektionen und Büros auf Kreisebene keine eigenen Pkw haben. Ausgehend von den Zahlen seines eigenen Kreises errechnet der Buchhalter, daß dadurch landesweit 200.000 bis 300.000 Yuan jährlich eingespart werden könnten.

Weitere Vorschläge befassen sich mit stärkeren Kontrollmaßnahmen bei der Gewinnabführung, der Preiskontrolle und einer bedarfsgerechten Produktion. Auch wird vorgeschlagen, in großem Umfang Versicherungsgeschäfte aufzunehmen und dadurch rund 1 Mrd. Yuan jährlich zu verdienen.

In den Verlautbarungen des ZK und des Staatsrates zeigte man sich beeindruckt von diesen Vorschlägen und gab das Dokument an die Volksbank weiter, um die Realisierbarkeit zu prüfen.

Am 4. März wurde der Brief in der "Volkszeitung" abgedruckt.

-ga-

(45) Energiesparen

In einem Interview mit der Zeitschrift "Economic Reporter" äußerte sich der stellvertretende Leiter der Staatlichen Wirtschaftskommission, Xiao Han, über Fragen des Energiesparens. Es käme hauptsächlich darauf an, Energie durch technische Erneuerungen und Strukturreformen einzusparen. 1978 und 1979 seien Energieeinsparungen hauptsächlich durch Verbesserungen bei der Wirtschaftsverwaltung und durch Neugliederungen der Industrie- und Produktenstruktur erreicht worden. Auf dem Gebiet der technischen Erneuerung sei wenig geschehen, so daß hier für die Zukunft noch viel zu tun übrigbleibe. "Der Hauptfaktor für den hohen Energieverbrauch im gegenwärtigen China ist die Rückständigkeit unserer Technologie und unserer Ausrüstungen. Aufgrund vorläufiger Statistiken kann man sagen, daß von den 26.000 Elektroprodukten, die unter dem 1. Maschinenbauministerium hergestellt werden, 55% Modelle aus den vierziger und fünfziger Jahren sind."

Zur Energieeinsparung durch Neusetzung wirtschaftlicher Prioritäten sagte Xiao, daß es gegenwärtig so sei, daß die Schwerindustrie 30% des Nationaleinkommens und 50% des nationalen Energieverbrauchs ausmache. Die Leichtindustrie nehme nur 20% des Nationaleinkommens und weniger als 10% der Energie auf. Hier müßten durch eine stärkere Gewichtung der Leichtindustrie Einsparungen erreicht werden.

Er nannte folgende Vergleichszahlen für China und Japan beim Energieverbrauch:

Produktart	China	Japan
1 t Stahl	1,6 t	0,77 t
1 kWh Elektrizität	453 g	334 g
1 t synthet. Ammoniak	2,7 t	1,2 t

(in Standardkohle-Einheiten)

Auf nationaler Ebene gebe es bei der Industrie eine 80%ige Reserve bei Überschußhitze, die nicht genutzt werde.

Versuchsweise sei für den "6. Fünfjahresplan" (1981-85) beabsichtigt, jährlich 24 Mio. t Standardkohle-Einheiten einzu-

sparen. Hierunter sollte Erdöl 4,5 Mio.t, Kohle 20 Mio.t und Elektrizität 7 Mio.kWh ausmachen (Economic Reporter, Februar 1981, S.5 ff.).

-ga-

(46) Kreditkartenverbreitung in der Volksrepublik

Beijing ist die elfte Stadt in der Volksrepublik China, die Plastikgeld akzeptiert, und zwar die Kreditkarten VISA und Master Card. Diese beiden international verbreiteten Kreditkarten werden auch in Shanghai, Guangzhou, Nanjing, Tianjin, Yangzhou, Wuxi, Suzhou, Changzhou und Shenyang akzeptiert. Dies gab ein Sprecher der Bank of East Asia in Hongkong bekannt.

Die Karten können nicht direkt beim Kauf von Waren verwandt werden, sondern nur beim Einwechseln von Geld bei allen Niederlassungen der Bank of China und in den Hotels, Freundschaftsläden und Antikgeschäften eingerichteten Wechselstellen der Bank. Inzwischen hat auch die im Eigentum der Volksrepublik China befindliche, in Hongkong ansässige Nanyang Commercial Bank mit der Ausgabe von Kreditkarten begonnen. Sie können in Hongkong, Macao und in der Volksrepublik China benutzt werden. Wie bei den VISA- und bei den Master-Card-Karten kann auch die Karte der Nanyang Commercial Bank nicht beim direkten Wareneinkauf verwendet werden, sondern nur zur Bargeldeinlösung. In Hongkong und Macao werden Hongkong Dollar auf die Karte ausgezahlt. Um in den Besitz einer Karte zu gelangen, muß der zukünftige Inhaber ein Konto bei der Bank unterhalten und eine ständige Beschäftigung mit einem Einkommen von nicht weniger als 50.000 Hongkong Dollar nachweisen. In der Volksrepublik lebende Chinesen können die Karte nicht erwerben, jedoch Ausländer auch außerhalb von Hongkong und Macao, die die genannten Spezifikationen erfüllen (China Business Report, April 1981).

-ga-

(47) Mehr als 1.000 Wirtschaftsgerichte

Ende des Jahres 1980 gab es bei den chinesischen Volksgerichten auf den verschiedenen Ebenen mehr als 1.000 Wirtschaftskammern. Diese Zahlen nannte ein vom Wirtschaftsministerium veröffentlichtes Papier über "Chinas Rechtssystem". Alle 29 höheren Volksgerichte auf Provinz- oder Autonomen Gebiets-Ebene haben eine Wirtschaftskammer. 277 Wirtschaftsgerichte gibt es auf mittlerer Ebene, 697 bei den untersten Stufen der Volksgerichte. Gegenwärtig werden weitere rund 600 Wirtschaftskammern bei den Volksgerichten gegründet.

Von den über 6.000 Fällen, die vor die Wirtschaftskammern gebracht worden sind, sind 4.382 behandelt worden, die Mehrzahl von ihnen durch Vermittlung.

Zwei Hauptaufgaben fallen den neu eingerichteten Wirtschaftskammern zu. Erstens sollen sie sich mit allen Formen "krimineller Aktivitäten im Bereich der Wirtschaft" befassen wie z.B. "Spekulation und Profitmachereien". Zweitens sind sie für alle Streitfälle über Wirtschaftsfragen zuständig, die zwischen chinesischen Unternehmungen oder auch zwischen chinesischen Unternehmungen und Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischer Beteiligung entstehen. (XNA, 26.3.1981)

-ga-

(48) Probleme mit den Postleitzahlen

Ab dem 1.Juli 1980 sollten in China verbindlich für alle Briefe Postleitzahlen eingeführt werden. Die Bestimmung sah

vor, ab dem 1.Oktober 1980 alle Briefe ohne Postleitzahlen an ihren Absender zurückzuschicken. In einer ganzen Artikelserie in der Zeitung Shichang (Markt) wird die Einführung der Postleitzahlen aufs Korn genommen. Das Résumé wird in einer Artikelüberschrift formuliert: "Kopfschmerzen für jeden - Bequemlichkeit für niemand". Folgende Kritikpunkte werden geäußert:

Ein Postleitzahlenverzeichnis für eine Provinz kostet ungefähr 2 Yuan. Für alle 29 chinesischen Provinzen bzw. Gebiete kommt hierdurch ein riesiges Werk von Papier zustande. Viele kleine Postämter sind nicht mit dem Verzeichnis für alle Provinzen ausgestattet, geschweige denn, daß sie bei Privatpersonen vorhanden wären. Absender haben somit große Schwierigkeiten, die Postleitzahl des Empfängers herauszufinden; oft müssen sie regelrechte Reisen unternehmen, um zu einem Postamt zu gelangen, welches sie über die beabsichtigte Postleitzahl informieren kann. Für das Nachsuchen im Postleitzahlenverzeichnis nehmen viele Postämter eine Gebühr von 2 Yuan.

Es gibt im gesamten Land keine automatische Postsortiermaschine. Lediglich Shanghai und Shenyang verfügen über Sortiermaschinen, die allerdings erst im Erprobungsstadium sind. Weiterhin wird deshalb landesweit die Post per Hand sortiert, so daß sich eine Voraussetzung, die die Einführung der Postleitzahlen sinnvoll macht, nämlich die automatische Briefsortierung, gar nicht realisieren läßt. Inzwischen gibt es jedoch durch die Einführung der Postleitzahlen eine noch größere Verwirrung als zuvor; denn jetzt werden die Briefe sowohl nach dem alten System der chinesischen Zeichen als auch nach den neuen Postleitzahlen sortiert. Postbedienstete klagen über ein großes Durcheinander. Oft stimmen Adresse und Postleitzahl nicht überein.

Für viele einfache Postkunden bedeutet die Verpflichtung, die Postleitzahlen anzugeben, daß sie von dem beabsichtigten Empfänger abgeschnitten sind. Von einer Volkskommune wird berichtet, daß die Bauern sofort, als sie erfuhren, daß sie Postleitzahlen verwenden müssen, an die normalen Empfänger ihrer Briefe geschrieben haben, um sie zu bitten, ihnen ihre Postleitzahl mitzuteilen. Postämter waren jedoch übereifrig und schickten diese Briefe, die ja noch keine Postleitzahlen trugen, an die Absender zurück, und zwar noch vor dem 1.Oktober, so daß diese Bauern jetzt nicht mehr wissen, wie sie die beabsichtigten Empfänger brieflich erreichen können. Vielfach wird deshalb der Wunsch geäußert, dieses System - jedenfalls beim gegenwärtigen Stand - wieder abzuschaffen. (Shichang, Nr.24, 25.9.1980, S.1)

-ga-

(49) Landesweite Werbeagentur gegründet

Die kürzlich gegründete China Advertising United Corp. wird am 15.April ihre Tätigkeit aufnehmen. Sie ist ein Zusammenschluß von Werbeagenturen aus 25 Städten Chinas, darunter Beijing, Shanghai, Tianjin, Nanjing und Guangzhou. Ihr Geschäftsbereich umschließt Werbung im nationalen und internationalen Rahmen, und sie wird Werbeservices wie Annoncetechnik, Design und künstlerische Gestaltung vornehmen. Zur Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen und Geschäftsleuten sei man bereit. (XNA, 24.3.1981)

-ga-

(50) Mehr Zementwerke

Nach Angaben des chinesischen Ministeriums für Baumaterialien sollen 14 Zementfabriken, die sich gegenwärtig im Bau

befinden, schnell fertiggestellt werden. Die 14 Werke sollen eine Gesamtjahreskapazität von 6,4 Mio.t haben. 3 Kalksteinbrüche mit einer Gesamtjahreskapazität von 2,7 Mio.t sollen auch fertiggebaut werden.

56% der Finanzmittel für Bauzwecke des Ministeriums fließen in die Zementindustrie. Von den 14 im Bau befindlichen Zementwerken ist das größte die Jidong-Zementfabrik in der Provinz Hebei in Nordchina. Sie soll eine Jahreskapazität von 1,5 Mio.t jährlich haben. Zum Teil werden japanische Ausrüstungen verwendet. Ein anderes großes Werk ist die Huaihai-Zementfabrik in der Provinz Jiangsu mit einer Jahreskapazität von erwarteten 1 Mio.t. Für dieses Werk wurden rumänische Ausrüstungen gekauft.

China verfügt gegenwärtig über 50 große und mittelgroße sowie 3.000 kleine Zementwerke. Ihre Jahreserzeugung betrug 1980 über 80 Mio.t. Der Baumaterialien Sektor ist einer derjenigen Bereiche, die im gegenwärtigen Sanierungsprogramm der chinesischen Wirtschaft Priorität genießen. Es gibt große Engpässe sowohl im Wohnungsbaubereich als auch beim Bau von Industrieanlagen. Nach Angaben des Ministeriums geht man bei den wichtigsten Baumaterialien wie Zement, Glas und Sanitärkeramik auch für die nächsten Jahre von einem Jahreswachstum von 3-5% aus. (XNA, 25.3.1981)

-ga-

(51) Mechanisierung im Nordosten

In den drei nordöstlichen Provinzen Chinas, Heilongjiang, Liaoning und Jilin, werden mehr als 50% des Ackerlandes mit Traktoren gepflügt. Diese Zahl liegt höher als in den meisten anderen Gegenden Chinas. Die nordostchinesische Ebene ist die größte Ebene Chinas. Das Ackerland hier macht mehr als ein Sechstel des Gesamtackerlandes Chinas aus. Durch eine gezielte Förderung der Mechanisierung in diesen Gebieten können jetzt z.B. ein Sechstel aller Brigaden der Provinz Heilongjiang beim Pflügen, beim Ernten und bei der Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse mechanisierte Geräte einsetzen. (XNA, 12.3.1981)

-ga-

(52) Beachtliche Zuwachsraten bei Fernsehgeräte- und Radioherstellung und bei Schweinezuchtergebnissen

1980 wurden in China 26,2 Mio. Radiogeräte hergestellt (+94,5% gegenüber 1979), 2,22 Mio. Fernsehgeräte (+69,3%), 503.000 Kassettenrecorder (+226%), 845.000 Plattenspieler (+68,2%).

1980 wurden 10,6 Mio.t Schweinefleisch erzeugt - 11 kg pro Kopf der Bevölkerung. Dies ist die höchste Schweinefleisch-erzeugung in ihrer Geschichte, die die Volksrepublik vermelden kann. Insgesamt wurden 210 Mio. Schweine im vergangenen Jahr geschlachtet. Jedes brachte im Schnitt 89 kg Lebendgewicht auf die Waage, 5 kg mehr als 1979. (XNA, 5.3. und 27.3.1981)

-ga-

TAIWAN

(53) Neuer Vertreter in Washington

Zum neuen Leiter der inoffiziellen Vertretung Taiwans in Washington wurde Cai Weiping (70) ernannt. Cai, der aus Nan-

king stammt, war Berufsdiplomate. 1968-1975 hat er das Amt des Staatssekretärs im Außenhandelsministerium in Taipei bekleidet. Seit der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen mit den USA leitete er den Koordinationsrat für nord-amerikanische Angelegenheiten in Taipei. Zu seinem Nachfolger wurde Hu Shixun (67) aus der Provinz Zhejiang ernannt. Dieser war zuletzt Leiter der Abteilung für Europa im Außenministerium (ZYRB, 21.3.81). Mit Cai als neuem Vertreter in Washington, der nicht nur eine hohe diplomatische Stellung, sondern auch gute Erfahrungen in den USA hat, will Taiwan offenbar den Wunsch artikulieren, seine Beziehungen zu Washington unter der Regierung Reagan zu verbessern. Es gibt allerdings in Taiwan auch Gerüchte, daß Xia Gongquan, Cais Vorgänger in Washington, deshalb abgelöst wurde, weil er sich über Frau Chennaults Reise nach Beijing im Januar nicht vorher informiert hätte (Meilidao, Los Angeles, 28.3.81; zu Frau Chennaults Chinareise siehe C.a., Februar 1981, S.109 f., 0 68).

-ni-

(54) Keine "Hallsteindoktrin" mehr im Fremdenverkehr

Laut einer Meldung der offiziellen Nachrichtenagentur Taiwans, "Central News Agency", vom 27.März hat der Direktor der Ein- und Ausreisesektion im Innenministerium in Taipei neulich erklärt, daß Auslandschinesen, die sich nur zu Verwandtenbesuchen oder zum Urlaub auf dem chinesischen Festland aufgehalten haben, in Taiwan ebenfalls willkommen seien. Diejenigen, die für Beijing propagandistisch gearbeitet hätten, würden allerdings keine Einreisegenehmigung von der Insel erhalten. Chinesen vom chinesischen Festland dürfen erst nach Taiwan einreisen, nachdem sie fünf Jahre lang in einem Drittland gewohnt haben. Gegenüber Ausländern hat Taiwan bereits seit Jahren die "Hallsteindoktrin" aufgegeben.

Taiwans eigenen Bürgern ist es aber nach wie vor streng verboten, nach dem chinesischen Festland zu reisen. Noch am 8.Mai des vorigen Jahres wurde ein parteiloser Oppositioneller, Hong Zhiliang, wegen einer heimlichen Chinareise über Japan vom Militärgericht zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, obwohl er sich nach seiner Reise bei den Sicherheitsbehörden gestellt hatte.

-ni-

(55) Gelddiplomatie gegenüber den Niederlanden

Eine Sonderkaufmission aus Taiwan unter der Leitung des Direktors des Staatsaußenhandelsamtes, Shao Xuekun, hat am 27.März Aufträge in einem Gesamtwert von 90 Mio.US\$ an niederländische Firmen vergeben. Die fünftägige Reise der Delegation aus Taiwan folgte unmittelbar nach der endgültigen Zustimmung des niederländischen Parlaments zur Lieferung von zwei U-Booten an Taiwan durch die Werftfirma Rijn-Schelde-Verolme (RSV). Die Genehmigung der niederländischen Regierung über die Lieferung von zwei U-Booten, Kernkraft- und Flüssiggasanlagen in einem Gesamtwert von über 500 Mio.US\$ an Taiwan durch RSV hat in letzter Zeit eine Krise in den diplomatischen Beziehungen zwischen den Haag und Beijing sowie eine große Spannung im niederländischen Parlament hervorgerufen. Am 18.Dezember 1980 stimmte das Unterhaus mit einem Abstimmungsergebnis von 76:74 der Entscheidung der Regierung über das U-Boot-Geschäft zu. Nach massiven Protesten und Drohungen aus Beijing lehnte das Parlament am 3.Februar dieses Jahres in einem neuen Beschluß mit 77 Nein- und 70 Ja-Stimmen das Geschäft ab.

Da die Regierung wegen der Sicherung der Arbeitsplätze bei